

**MINISTERPRÄSIDENT**  
OLIVER PAASCH

**PRESSEMITTEILUNG**

**Daniel Hilligsmann legt Amt als Kabinettschef nieder**

**Aufgrund seines neuen Bürgermeistermandats in der Gemeinde Kelmis legt Daniel Hilligsmann sein Amt als Kabinettschef des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Oliver Paasch, Ende November nieder.**

Bei den Gemeindewahlen im Oktober 2024 wurde in Kelmis die Liste elan mit acht Sitzen zur stärksten Kraft im neuen Gemeinderat gewählt. In der Folge bestätigten elan und SP Freie Bürgerliste die Bildung einer Regierungskoalition, wonach Daniel Hilligsmann, aktuell Kabinettschef des Ministerpräsidenten, ab dem 3. Dezember in Kelmis das Amt des Bürgermeisters bekleiden wird.

Dass das beschriebene Amt zwar rechtlich, deontologisch jedoch nicht mit der Funktion des Kabinettschefs des für lokale Behörden zuständigen Ministers vereinbar ist, hatten sowohl Hilligsmann als auch Ministerpräsident Oliver Paasch vorab erklärt. Folglich kündigt Daniel Hilligsmann an, am 30. November, vor seiner Bestellung zum Bürgermeister der Göhlgemeinde, von seinen Verantwortlichkeiten als Kabinettschef zurückzutreten.

Hilligsmann werde jedoch weiterhin Funktionen im Auftrag der Gemeinschaftsregierung ausüben. Hierzu Ministerpräsident Oliver Paasch: „In seiner 10-jährigen Kabinettschef-Erfahrung, hierunter zwei Jahre als Kabinettschef, hat Daniel Hilligsmann wertvolle Erfahrungen in mitunter komplexen politischen Aushandlungsprozessen u. A. in Brüssel und Namur sammeln können. Dies betrifft wichtige Verhandlungen, mit denen Hilligsmann bereits in Brüssel und Namur vertraut ist. Auf Kabinettschefs-Ebene verfügt er somit über wertvolle Kontakte. In dieser sensiblen Phase der Verhandlungen möchte ich im Interesse der Gemeinschaft hierauf nicht verzichten“. Daher hat der Ministerpräsident Hilligsmann gebeten, diese Verhandlungen in einer Übergangsphase weiter in Form einer Teilzeitstelle zu begleiten.

Daniel Hilligsmann werde daher im Rahmen des vorgesehenen Stellenplans zeitweise als Delegierter der Regierung für institutionelle Angelegenheiten und Zusammenarbeit fungieren. Hierzu werde keine zusätzliche Stelle geschaffen. Mehrkosten seien hiermit folglich nicht verbunden. Entsprechende Aufgaben beschränken sich auf Verhandlungen und Kontakte zu anderen Regierungsebenen und externen Partnern. Berührungspunkte zu internen Angelegenheiten der DG, beispielsweise in Bezug auf die lokalen Behörden oder verwandte Materien, gäbe es ausdrücklich nicht.

Zum Jahresende werde der Ministerpräsident einen Nachfolger bezeichnen.